

Lichtenstein-Collnberger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtenblatt

Tageblatt für Hohndorf, Ködlich, Bernsdorf, Rüdorf, St. Egidien, Heinrichsdorf, Marienau, Neudorf, Ortmannsdorf, Mülken St. Nicola, St. Jacob, St. Michael, Stangendorf, Thurm, Niedermülken, Kubchnappel und Lirschheim

Amtsblatt für das Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Älteste Zeitung im

Amtsgerichtsbezirk

Nr. 36.

Hauptinspektionsorgan
im Amtsgerichtsbezirk.

69. Jahrgang.
Donnerstag, den 13. Februar

Verbreitetste Zeitung
im Amtsgerichtsbezirk.

1919.

Dieses Blatt erscheint täglich, außer Sonn- und Festtagen, nachmittags für den folgenden Tag. — Vierteljährlicher Bezugspreis 3 RM. durch die Post bezogen 3 RM. 42 Pfg. — Einzelne Nummer 10 Pfg. — Bestellungen nehmen außer bei der Geschäftsstelle, Wilhelm-Über-Strasse 5b, alle Postanstalten Postboten, sowie die Kundträger entgegen. — Inserate werden die fünfzehntägige Grundrate mit 20 Pfg. berechnet. — Restamtszeit 60 Pfg. — Im amtlichen Teile kostet die zweispaltige Zeile 75 Pfg., für Auswärtige 90 Pfg. — Telegramm-Adresse: Tageblatt.

Lichtenstein.

Verkaufsstelle Bürgerschule, Eierverkauf, Nr. 1501 bis Ende, Abschn. 14, Nr. 1—1008, Abschn. 15, Donnerstag, 2 bis 5 Uhr.
Gemüse-Verkauf, Kohlrabi 10 Pfund 60 Pfg., Möhren 5 Pfund 75 Pfg., Sellerie 5 Pfund 2,25 Mk., rote Rüben 5 Pfund 85 Pfg., gelbe Kohlrüben 1 Pfund 9 Pfg. Bezahlung vorher im Lebensmittelamt nur vormittags von 9—12 Uhr.

Die vom unterzeichneten Stadtrat im Jahre 1915 ausgestellten **Arbeits-**

Bücher

Nr. 23 für **Mag Kurt Haase** und
Nr. 81 für **Hermann Richard Tiede**

sind verloren gegangen und werden hierdurch für ungültig erklärt.
Stadtrat Lichtenstein, am 11. Februar 1919.

Bekanntmachung.

Die **Kriegerfamilienunterstützung** wird diesmal bereits am **Donnerstag, den 13. Februar 1919 von 9 bis 12 Uhr** vormittags im **Kriegsunterstützungsamt** ausgezahlt.
Stadtrat Lichtenstein, am 12. Februar 1919.

Kohlrüben.

Freitag, den 14. Februar, vormittags 9 bis 12 Uhr — 10 Pfund 80 Pfg.

Ausgabe von Auslandszucker

an Collnberger Einwohner bei **Pöser und Ritsch**. — 100 Gramm 70 Pfg.
Der Ortsnahrungsausschuss für Collnberg.

Selbstversorger Gemeinde Hohndorf.

Die **Anlieferung** von Gerste und Hafer (Lafsch, Bernsdorf betr.) erfolgt **Freitag, den 14. ds. Mts. vormittags 8 Uhr** bei **L. Jesch**.

Anhängezettel können im **Gemeindeamt, Zimmer Nr. 4**, entnommen werden.

Die **Abholung** des Mahlgutes von Gerste und Hafer letzter Periode kann an demselben Tage von nachmittags 4 Uhr an bei **Jesch** bewirkt werden.

Hohndorf, den 11. Februar 1919.

Der Gemeindevorstand.

Bezirksverband.
Nr. 69 a Ka.

Kartoffeln.

Eine **Belieferung** der **Landeskartoffelkarte** durch die Erzeuger darf **nicht mehr erfolgen.**

Die **Kartoffelerzeuger** werden aufgefordert, die belieferten Zentnerabschnitte der **Landeskartoffelkarte** mit Stern **binnen 3 Tagen** an die **Gemeindebehörde** abzugeben.

Die **Gemeindebehörden** wollen die abgegebenen Abschnitte mit der **14 tägigen** Meldung Nr. 10 einreichen.

Bezirksverband.
Nr. 69 b Ka.

Kartoffelhöchstpreis.

Der **Kartoffelpreis** für den wochenweisen Verkauf von Kartoffeln gegen **Bezirkskartoffel-Karten** und bei zentnerweiser Abgabe durch die **Gemeinden** oder deren **Beauftragte** wird für den **Bezirk der Amtshauptmannschaft Glauchau** einschließlich der **rev. Städte** vom **11. Februar 1919** bis auf weiteres auf

12 Pfg. für das Pfund

festgesetzt.

Glauchau, am 8. Februar 1919.

Fehr. v. Weldt, Amtshauptmann.

Kurze wichtige Nachrichten.

* Wie in parlamentarischen Kreisen in Weimar verlautet, sind der Reichsregierung bereits die neuen Forderungen, die die Entente zu stellen beabsichtigt, bekannt geworden. Es wird bestätigt, daß die Gegner uns neue unerhörte Forderungen auferlegen wollen.

* Der Rat der Volksbeauftragten hat die Vorlage auf Bildung eines neuen Reichsheeres verabschiedet. Die Friedensstärke des neuen Reichsheeres soll 250 000 Mann betragen.

* Wie gemeldet wird, haben die Unabhängigen in der Nationalversammlung die Obstruktion der eingehenden Gesetzesvorlagen der Reichsregierung beschlossen. Mit einem schnellen Abschluß der wichtigen provisorischen Reichsgesetze ist kaum zu rechnen.

Der Reichspräsident wird, wie das „Berliner Tageblatt“ meldet, voraussichtlich im Schlosse Bellevue in Berlin Wohnung nehmen. Außer dem Schlosse Bellevue soll noch das Reichskanzlerpalais in Frage kommen.

* Der Hamburger Verband der Kriegsbeschädigten hat sich nach längeren Verhandlungen am 1. Februar mit dem Reichsverband der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer verständigt.

* In Berlin weisen zur Zeit 6 Entente-Kommissionen zur Prüfung der Verhältnisse, zur Abwicklung geschäftlicher Angelegenheiten, die sich aus dem Waffenstillstandsabkommen ergeben haben.

* Der Soldatenrat in Mühlheim ließ durch Patrouillen alle Offiziere, die in der Stadt angegriffen wurden, verhaften, weil angeblich ein Eingreifen von Regierungstruppen bevorsteht.

* In letzter Woche sind in Großberlin wieder 21 Spartakistenführer verhaftet worden, darunter auch diesmal 5 Russen.

* Pariser Blätter melden, daß eine Einigung der alliierten Großmächte über die Hauptpunkte

des Friedensvertrages, soweit die Gebietsansprüche Frankreichs und Italiens in Betracht kommen, auf dem Wege direkter Verhandlungen außerhalb der Konferenz erzielt worden sei.

* Die republikanische Volkswehr in Lübeck setzte den bisherigen Soldatenrat ab, weil er in der vorigen Woche die Absicht hatte, durch Entsendung von Truppen nach Hamburg und Bremen die Reichsregierung zu bekämpfen.

* Wie wir erfahren, hat die Regierung beschloffen, die sächsische Volkskammer zum Dienstag, 25. Februar, einzuberufen.

Ebert Reichspräsident.

Weimar, 11. Februar. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung wurde die Wahl des Reichspräsidenten vorgenommen. Abgegeben wurden 379 Stimmzettel, davon 328 gültige und 51 ungültige. Volksbeauftragter **Ebert** (Mehrheitssozialist) erhielt 277, **Graf Posadowsky** (Deutschn. Volkspartei) 49 Stimmen, **Scheidemann** und **Erzberger** je 1 Stimme.

Die neue Regierung.

Weimar, 11. Februar. In den Verhandlungen ist gestern Abend über die Besetzung des Kabinetts eine Verständigung zwischen Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrum erzielt worden. Nachdem gestern Mittag die Mehrheitssozialisten auf den Posten des Präsidenten der Nationalversammlung zugunsten des Zentrums verzichtet hatten, ist nunmehr folgendes festgestellt: Reichspräsident **Ebert**. **Scheidemann** ist als Ministerpräsident ausersehen. Außerdem erhielten von den Sozialdemokraten: **Roske** das Reichskriegsamt, **Landsberg** das Reichsjustizamt, **Bauer** das Reichsarbeitsamt, **Müller** das Reichswirtschaftsamt, **Wissell** und **Dr. David** werden Staatssekretäre ohne Portefeuille und zwar

ist **Dr. David** insbesondere zur Mitwirkung beim Friedensschluß ausersehen.

Die Demokraten erhalten: das Reichsamt des Innern, das mit **Dr. Preuß** besetzt werden soll, das Auswärtige Amt, das dem **Grafen Brockdorf-Rangau** zufällt, das Reichschatzamt mit **Schiffer**. Von dem Reichschatzamt soll ein Amt für Sozialisierung abgetrennt werden, auch dieses sollen die Demokraten erhalten. Ferner soll ein Mitglied der demokratischen Partei anstelle des bisherigen Unterstaatssekretärs **Dr. David** im Auswärtigen Amt als Unterstaatssekretär belassen werden, ein weiteres Mitglied soll Ministerialdirektor im Reichsamt des Innern werden. Es ist möglich, daß für die Demokraten auch noch ein Unterstaatssekretariat geschaffen wird, dem die Verwaltung der Kolonien obliegt.

Dem Zentrum wird zufallen: Das Reichspostamt, an dessen Spitze wahrscheinlich der **Abgeordnete Stegerwald** treten wird. **Erzberger** soll ein Staatssekretariat ohne Portefeuille erhalten. Das wichtigste Zugeständnis, das dem Zentrum gemacht wurde, ist die Besetzung des Präsidentenpostens der Nationalversammlung, für den **Fehrenbach** genannt wird. Im übrigen entwickelt die „Germania“ für die Mitarbeit des Zentrums in der neuen Regierung folgendes Programm:

„Wie vor der Revolution, so werden die Parteien, die jetzt gemeinsam die Regierung zu bilden entschlossen sind, auf ein Regierungs- und Arbeitsprogramm sich einigen müssen, in dem wohl keine der beteiligten Parteien ihre Forderungen restlos erfüllt sehen wird, das aber doch so beschaffen sein muß, daß es keiner von ihnen unmöglich wird, Mitarbeit zu leisten. Darum wird das Zentrum die Forderung erheben müssen, daß keiner der unumstößlichen Grundsätze seines Programms durch das offizielle Regierungsprogramm verletzt wird; es wird aber weiter auch die Forderung erheben, daß es entsprechend seiner Stärke und seines Vermögens an der Regierung Anteil erhält. Darum

wird es sich nicht damit begnügen können, daß ihm in der Regierung das eine oder andere Fachministerium eingeräumt wird, und es wird auch seine Zustimmung nicht dazu geben können, daß die Zusammensetzung der Regierung eine sozialistische Mehrheit ergibt, die in der Nationalversammlung selbst nicht vorhanden ist. Es wird nimmer zugeben können, daß eine Regierung, an der es teil hat, kulturpolitische Ziele verfolgt, die seinem ganzen Wesen, seiner Geschichte und seinen Idealen widerstreiten; es wird eine vernünftige Wirtschaftspolitik und ein in seiner Stärke durch die Zeitverhältnisse bestimmtes Volkshier verlangen müssen“.

Die Sozialisierung Sachsens.

Der Entwurf einer von Herrn Hermann Kranold ausgearbeiteten Denkschrift an das Gesamt-Ministerium der Republik Sachsen bringt in Kap. III folgende Ausführungen:

Das Arbeitsgebiet des Zentralwirtschaftsamts dürfte zunächst bestehen in der Ausarbeitung und Ausführung folgender Gesetze, die der Volkskammer zur Beratung und Genehmigung zu unterbreiten wären:

1. Gesetz über Errichtung eines Zentralwirtschaftsamtes.
2. Gesetz über die Befugnis des Zentralwirtschaftsamtes, statistische Erhebungen zu veranlassen oder zu beeinflussen und Enquêtes und Erhebungen durchzuführen zu lassen.
3. Gesetz über allgemeine Auskunftspflicht gegenüber dem Zentralwirtschaftsamt.
4. Allgemeines Arbeitspflichtgesetz für alle Staatsangehörigen der Republik Sachsen.
5. Gesetz, welches jedem Sachsen eine Mindestmenge von Wohnung, Nahrung, Kleidung, Bildung und Vergnügungen sichert.
6. Gesetz über Erforschung und Durchführung der Betriebs- und Arbeitsrationalisierung.
7. Gesetz über Zwangsorganisation der Produzenten und staatliche Beaufsichtigung ihrer Organisationen.
8. Gesetz über staatlich beaufsichtigte Zwangskartelle.
9. Gesetz über gewerkschaftliche Zwangsorganisation.
10. Gesetz über Zwangsorganisation der Konsumenten.
11. Gesetz über die Enteignung des städtischen Grundes und Bodens.
12. Gesetz über die Enteignung des ländlichen Grundes und Bodens.
13. Gesetz über die Enteignung der Forsten.
14. Gesetz über die Enteignung industrieller Betriebe (Zement, Zucker, Bausteine, Rohglas- Erzeugung, Bergbau, Erzeugung von Roh- eisen und Halbzeug aus Eisen, Zellulose- und Packpapiererzeugung, künstliche Düngemittel, Verkehrsmittel).
15. Gesetz über Enteignung der Verkehrsbetriebe.
16. Gesetz über Enteignung des Gasthofs- und Gastwirtschaftsgewerbes.
17. Gesetz über zwangsweise Zusammenlegung von Betrieben.
18. Gesetz über Verpflichtung zur öffentlichen Rechnungslegung für nicht verstaatlichte Betriebe.
19. Gesetz über Lohnzuschläge für durchschnittlich wertvolle Leistungen.
20. Gesetz über den Aufschub der Entschädigung bei Enteignungen.

21. Gesetz über den Kompensationsverkehr mit außer-sächsischen Wirtschaftsgebieten.

Der Vollzugsrat wird in seiner nächsten Sitzung über den Entwurf Beschluß fassen. Manche von den angekündigten Gesetzen werden sich verwirklichen lassen, doch dürfte der Entwurf noch zu mancherlei Erörterungen in der Volkskammer führen.

Deutschlands Standpunkt in der Polenfrage. Die deutsche Antwort an Foch.

Berlin, 11. Februar. Auf die der deutschen Waffenstillstandskommission übergebenen Note Fochs, worin die deutschen Militärbehörden namens der Alliierten von der Entsendung einer Kommission nach Polen benachrichtigt worden sind, hat die deutsche Regierung eine Antwort erteilt, in der es heißt:

Die deutsche Regierung nimmt mit Genugtuung davon Kenntnis, daß die alliierten Mächte eine Kommission nach Polen entsenden, die bevollmächtigt ist, dort nach Möglichkeit jede Unordnung zu beseitigen und die polnischen Behörden zur Abstandnahme von jeder Gewaltanwendung gegen die deutschen Streitkräfte zu veranlassen. Die deutsche Regierung wird Anordnungen für die sichere Durchreise der Kommission treffen. Dagegen liegt es nicht in ihrer Absicht, über die Bedingungen hinauszugehen, die ihr wegen des Durchzugsrechts der alliierten Staaten durch das Waffenstillstandsabkommen auferlegt sind, sie setzt vielmehr voraus, daß die Tätigkeit der Kommission sich außerhalb der im Waffenstillstandsabkommen bezeichneten Reichsgrenzen abspielen wird. Die Ausübung der Gebietshoheit innerhalb dieser Grenzen ist ausschließlich Sache der deutschen Regierung. Die deutsche Regierung vermag auch nicht anzuerkennen, daß es innerhalb der Reichsgrenzen schon jetzt polnische Behörden gibt. Sie ist entschlossen, die Verpflichtungen unüberbrüchlich zu halten, die sie durch Anerkennung der Wilsonschen Grundzüge gegenüber den Bewohnern unzweifelhaft polnischer Gebietsteile des Reiches übernommen hat, sie kann aber nicht dulden, daß Reichsangehörige polnischen Stammes die Durchführung jener Verpflichtungen durch gewaltsame Losreißung deutscher Gebietsteile zu erzwingen suchen. Es ist bekannt, daß es die polnischen Bewohner der preussischen Ostprovinzen gewesen sind, die zum Teil unter Bruch ihres Fahnenweides die Waffen gegen die Regierung erhoben und Staatsbehörden abgesetzt haben. Gegen solche aufrührerische Angriffe vorzugehen, muß sich die deutsche Regierung solange vorbehalten, bis alle bewaffneten polnischen Formationen aus dem Reichsgebiet entfernt sind. Ueber die endgültige Zugehörigkeit der Gebiete, die Foch als deutsches Polen bezeichnet, wird erst der Friedensvertrag entscheiden. Bis dahin lehnt Deutschland eine Weisung seiner Gegner über das Verhalten seiner Behörden ab. gez. Brockdorff-Rantzau.

Die Zukunft der sächsischen Richter und Rechtspflege.

Die Neuzeit hat begreiflicherweise auch bei der sächsischen Richterschaft Sorgen um ihre Zukunft ausgelöst. Haben doch häufig A- und S-Räte in reichlicher Befugnisse eingegriffen, Gefangene befreit, Hausdurchsuchungen, Beschlagnahmen und Enteignungen verfügt, und alle Macht für sich beansprucht. Ja, man sprach davon, daß an Stelle der gelehrten Richter künftig als Wähler hervorgegangene Volks-

richter Recht sprechen sollten. Es ist daher dankenswert, daß Justizminister Dr. Sarnisch sich über die Berechtigung solcher Besorgnisse ausgesprochen hat. Der Minister erkannte in vollem Umfange die hervorragende Tüchtigkeit des sächsischen Richterstandes im allgemeinen und des sächsischen im besonderen an und schloß daraus, daß dieser Stand, indem er sich den demokratischen Grundfäden anpasse, auch die gewaltigsten Gegenwartstürme überstehe u. d. d. der feste Part der jungen deutschen Demokratie sein werde. Eine Art Klassenjustiz habe im alten Reich bestanden: denn die Richter hätten sich oft als die Diener des bestehenden Rechtszustandes erwiesen und sich mit dem Bürgerum identisch gefühlt. Gewiß sei das unbewußt geschehen und ohne Absicht, aber die Tatsache bleibe bestehen, daß die Richter einseitig den Interessen der herrschenden Klassen gedient hätten. Man brauche nur an die Anwendung des Paragraphen 153 der Gewerbeordnung (Streikverbot) und des A-Gesetzes (Organisationsgesetzes von 1835) zu denken. Den Arbeitern ständen die Richter im ganzen fremd gegenüber, doch sei durch die Gesetzgebung der letzten Jahre schon eine erkennbare Besserung erzielt worden. Vieles seien Richter und Rechtsanwälte Bekämpfer für ein freies Recht und für neue zeitliche Rechtsformen geworden. Eine völlige Neuordnung der Rechtspflege stehe bevor. Mit der demokratischen Rechtsgleichheit werde auch der letzte Rest der Klassenjustiz verschwinden. Er sei jetzt davon überzeugt, daß der Richterstand das neue Recht ebenso wehrlich schützen und pflegen wie das alte. Der Minister kam dann darauf zu sprechen, daß die Richter im Hinblick auf die Erforderlichkeit einer Befreiung ihrer Unabsehbarkeit der Befreiung der Todesstrafe verkehrt werden könnten. Solche Sorgen seien gegenstandslos. Das sächsische Programm stamme aus dem Jahre 1891, also aus einer Zeit, wo die erwähnten Besserungen noch nicht zu spüren gewesen seien. Inzwischen habe man aber das Arbeiterelement zum Schlichter- und Geschworenendienst herangezogen sowie auch an den Kaufmanns- und Gewerbegerichten und an den Schlichtungsausschüssen beteiligt. Auch hier werde eine Grenze gezogen werden müssen. Die gelehrten Richter seien wegen ihrer Kenntnis des formalen Rechtes schlichter unentbehrlich. Worauf es ankomme, sei eine stärkere Teilnahme des Laienelements, besonders der Arbeiterschaft, an der Rechtspflege. Dann werde auch das noch bestehende Mißtrauen schwinden und das Rechtsverfahren schneller und billiger werden. Von einer teilweisen Unentbehrlichkeit der Rechtspflege befreit, er keine Schwermurgen, so ein man nur Sicherungen gegen frivolos Prozessieren schaffe. Die Verleumdung müsse allerdings aufhören, denn die Kunde die Wägen ab. Vorbeugungsmaßnahmen seien wirksamer. Das Verleumdungsverfahren in Zivil- und Strafsachen, sowie eine Reform des Strafvollzuges und des Zivilprozesses müßten angestrebt werden. Er könne den Richterstand dahin beruhigen, daß er nach wie vor als durchaus unentbehrlich angesehen werde. Seine Unabsehbarkeit werde grundsätzlich aufrecht erhalten bleiben und vor allem auch müßten die Richter in Zukunft vor materiellen Sorgen besser geschützt werden als bisher.

Deutsches Reich.

Berlin. (Der Schutz der Lebensmittelzüge für Polen.) Die Eisenbahndirektion Danzig telegraphiert an den Arbeitsminister, daß das Generalkommando Danzig nicht in der Lage ist, die unbedingt not-

Wenn zwei sich lieben.

Roman von Hedwig Courths-Mahler. Amerikanisches Copyright by Ullstein & Co.

20. Nachdruck verboten.

Vottmarie lauschte erregt seinen drängenden Worten. Sie schied sich über die Stirn.

„Es gibt eine Frau des Herzens, die man nicht zu halten braucht als sich selbst.“

Er machte eine rasche, ungeduldige Bewegung.

„Soll das heißen, daß Sie nun Ihr ganzes Leben vertrauen, daß Sie einsam verbleiben und verweilen wollen? Sie, die Sie so liebe geschaffen sind, Liebe zu empfangen und zu geben, glücklich zu sein und glücklich zu machen? Das leide ich nicht — Kraft meiner Liebe zu Ihnen lege ich da kein Veto sein.“

Hängen Sie doch nicht so romantischen, sentimentalen Weillen nach. Werden Sie meine Frau, Fräulein Vottmarie, und ich Herrliche Sie, heute Abends Nacht sind Sie von dieser ansichtslosen Weigung geheilt und fühlen sich wunschlos glücklich an meiner Seite. Denn ich werde Ihnen die Sterne vom Himmel holen, wenn Sie es wünschen, und werde Ihnen die Hände unterbreiten.“

Vottmarie sah eine Weile vor sich hin. Sie verhehlte sich nicht, daß es ein Lebenswetteres, glänzenderes Los nicht gab für sie, das ihr der Herr bot.

„Graf Sinter war für sie verloren — so oder so. Graf Sinter nicht recht in allem, was er sagte? War es nicht töricht, wenn Sie eine Werbung ansahen? Was erwartete Sie in Zukunft? Ein freudloses, vereinsamtes Leben, ein Leben der Sorge und Abhängigkeit. Da vor ihr stand ein Mann, der ihr mit vollen Händen bot, was das Leben le-

benswert macht, ein Mann, um dessen Besitz sie Tausende beneiden würden. Er würde ihr alles — alles geben — außer dem Einen — dem höchsten.“

Sie drückte die Hände ans Herz. Und da fühlte sie das kleine Amulett. Ihr war, als habe plötzlich statt des Fürsten Graf Sinter vor ihr und als höre sie ihn sagen: „Vottmarie, wenn ich Sie richtig erkannt habe, dann weiß ich, was Sie tun werden.“

Und noch etwas fiel ihr ein, als sie das Amulett berührte. Es waren die Worte, die ihr Maria, die Wahrsagerin, zugeflüstert hatte:

„Der, den Du liebst, wird Dein Gatte sein.“

Ihr war, als brenne das Amulett auf ihrer Haut bis tief in ihr Herz hinein. Sie atmete auf und hob das Haupt.

Gekannt hatte sie der Fürst beobachtet. Schon konnte er ihre Bedenken besiegen zu haben, da sah ihn Vottmarie mit klaren, ruhigen Augen fest und ernst ins Gesicht und sagte:

„Ich weiß sehr wohl, Durchlaucht, daß es töricht von mir ist, wenn ich trotz allem bei meiner Weigerung bleibe. Sie bieten mir so viel, daß ich Ihnen herzlich dankbar sein muß. Wenn ich mich bezwingen könnte, leichter zu denken, als ich es in meiner Schwermütigkeit tue, dann würde ich wohl mit beiden Händen zugreifen. Aber die Menschen sind verschieden, Durchlaucht, und ich bin, was ich nach meiner Wesensart muß. Bitten Sie mich nicht, ich bitte darum. Ich kann nicht anders und muß bei meiner Weigerung bleiben. Sie irren, wenn ich heute über's Jahr anders denken könnte als heute. Ich kenne mich besser. Und deshalb wäre es ein Unrecht, wenn ich mit dieser Gewißheit im Herzen Ihre Frau werden wollte.“

Er biß die Zähne zusammen. Mit jedem Wort der Weigerung steigerte sie sein Verlangen, sie zu besitzen. Ingleich erwiderte aber ihr Verhalten in ihm ein Gefühl, wie er es noch für keine Frau empfunden hatte. Es kam ihm zum Bewußtsein, daß dieses junge Geschöpf ein wertvoller, bewundernswerter Mensch war. Es hätte wohl kaum eine zweite Frau gegeben, die an ihrer Stelle so fest abgebeben wäre.

Fürst Caon hatte so sicher geglaubt, daß alles, was er ihr zu bieten hatte, ihre Bedenken besiegen würde. Aber diese kleine Gesellschaftlerin zeigte eine Charakterstärke, die ihm ungläublich erschien. Und so sehr es ihm schmerzte, daß sie sich bei ihrem Nein blieb, so sehr mußte er sie darum bewundern und hochachten.

Er seufzte tief auf.

„Nun — so muß ich mich wohl für heute beherrschen, mein gnädiges Fräulein. Aber ich gebe die Hoffnung nicht auf, daß Sie sich eines Tages doch eines Besseren befinden werden. Und ich werde nun erst recht versuchen, Ihr Herz dem anderen Schwendig zu machen und es für mich zu gewinnen. Werden Sie mir das verwehren?“

Sie machte eine hilflose Bewegung.

„Verwehren kann ich es Ihnen natürlich nicht, Durchlaucht, aber ich möchte Sie bitten, von rechtlichen Bemühungen abzusehen. Es sollte mir lieb sein, wenn Sie Hoffnungen näherten, die sich nicht erfüllen können. Ich möchte Ihnen bei Gott nicht gern wehe tun.“

Er faßte ihre Hand und zog sie an seine Lippen. Sie zu einem Lächeln zwingend, sagte er:

wendig
treffend
zu stell
amerika
Der Be
die Be
für den
aufmer
abhand
Die La
amerika
die Be
zur G
daher
zuverl
bist du
fremde
mußt!
— (—
Bei d
Gröber
Posado
verfam
haltung
Die No
das G
zu vere
Gatten
die Erl
Die d
Brüder
Heimat
— (—
Njron
von de
ten N
fährt d
nicht z
ministe
darum
bedroh
gen au
den ter
niger
machen
Deutsch
wie au
in hart
— (—
famml
folgend
gerichte
Städte
spartak
Tages
neten
Befugn
Beamt
tötet i
Vorgän
und O
Aufrech
Umstän
Freiheit
anten
gezwun
wahren
Leben
Deutsch
deutsch
glieder
Sicher
Weiter

wendigen Wachmannschaften der für Polen ein-
treffenden ersten drei Dampfer mit Lebensmitteln
zu stellen. Das Generalkommando hat um Stellung
amerikanischer Truppen. Dies wurde abgelehnt.
Der Vertreter der amerikanischen Kommission hält
die deutsche Regierung für unbedingt verpflichtet,
für den nötigen Schutz zu sorgen, und macht darauf
aufmerksam, daß die deutsche Regierung für alle
abhanden gekommenen Mengen aufzukommen hat.
Die Lage ist sehr schwierig, da das Nichteintreffen
amerikanischer oder französischer Wachmannschaften
die Besetzung der ganzen Strecke Danzig Illowo
zur Folge hätte. Die Eisenbahndirektion bittet
daher die Regierung um schnelle Ueberweisung
zuverlässiger Truppen. — O Deutschland, wie tief
bist du durch die Revolution gesunken, daß du
fremde Truppen zur Sicherung ins Land rufen
mußt!

— (Ein Kriegsgefangenen-Antrag aller Parteien.)
Bei der Nationalversammlung ist ein Antrag
Gröber, Haase, Heinze, Löbe, von Paner, Graf
Fojadowski eingelaufen: Die deutsche National-
versammlung solle Einspruch gegen die Zurück-
haltung von Kriegs- und Zivilgefangenen erheben.
Die Nationalversammlung ruft die Neutralen und
das Gewissen der ganzen Welt auf, sich mit ihr
zu vereinigen in der Forderung, den Familien den
Gatten und Vater zurückzugeben, die mit Ungebuld
die Erlösung aus der Gefangenschaft erwarten.
Die deutsche Nationalversammlung sendet den
Brüdern jenseits der Grenzen den Gruß der
Heimat zu.

— (Aufgebot von Jahrgängen für die bedrohten
Ostprovinzen.) Gegenüber Mitteilungen über eine
von der Regierung mit Rücksicht auf den bedroh-
ten Osten geplante allgemeine Mobilisierung er-
fährt die „B. Z.“, daß die Meldung in dieser Form
nicht zutrifft. Es kann sich, wie das vom Kriegs-
ministerium schon angedeutet worden ist, lediglich
darum handeln, daß bestimmte Jahrgänge in dem
bedrohten Gebiete also lediglich in den Ostprovinzen
aufgeboten werden. Dieses Aufgebot wird in
den territorial angegriffenen Provinzen um so we-
niger Widerstand finden, als nach den bisher ge-
machtten Erfahrungen zurückgebliebene wehrfähige
Deutsche sowohl von den russischen Bolschewisten,
wie auch von den Polen teils niedergemacht, teils
in harte Gefangenschaft fortgebracht werden.

— (Ein Beamten-Protest an die Nationalver-
sammlung.) Der Deutsche Beamtenbund hat in
folgenden an die Nationalversammlung in Weimar
gerichteten Telegrammen gegen die in zahlreichen
Städten gegen die Beamtenschaft unternommenen
spartakistischen Putzschritte energisch protestiert: „Der
Tagespresse zufolge werden dauernd von bewaff-
neten Soldaten und Arbeitern, die sich zu Unrecht
Befugnisse der zuständigen Behörden anmaßen,
Beamte der Freiheit beraubt, mißhandelt und ge-
tötet und unerhörtem Terror unterstellt. Gleiche
Vorgänge wie in Hamburg sind auch im Westen
und Osten unseres Vaterlandes vorgekommen. Die
Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes ist unter diesen
Umständen schwer gefährdet. Wenn die persönliche
Freiheit, die Gesundheit und das Leben der Be-
amten weiter angetastet werden, sind die Beamten
gezwungen, ihre Rechte durch Maßnahmen zu
wahren, welche für das gesamte wirtschaftliche
Leben unabsehbare Folgen zeitigen könnten. Der
Deutsche Beamtenbund als Gesamtvertretung der
deutschen Beamtenschaft mit rund 2 Millionen Mit-
gliedern erbittet dringend unverzügliche Abhilfe der
Sicherung der unbedingt notwendigen unge störten
Weiterarbeit der Beamten.“

— Das ist schon etwas — daß Sie mir nicht
wehe tun wollen. Ich werde versuchen, mir Ihre
Rückblick zu erlangen. Mitleid und Liebe sind Ge-
schwister u. gehen bei einer Frau Hand in Hand. Wer
es ist unklar von mir, Sie in meine Karten sehen zu
lassen. Wir wollen nur vorläufig dieses Gespräch
beenden. Darf ich mich jetzt, als abgewiesener Freier,
zu Ihnen setzen und ein wenig mit Ihnen plaudern?
Diesen Trost sind Sie mir unbedingt schuldig.“

Un sicher sah sie ihn an.
„Ich weiß doch nicht — wenn Ihre Durchsicht
dabei erlaube.“

Ein Lächeln zog über sein Gesicht, ein Lächeln,
in dem es schon wieder wie Liebesmüt suchte.

„Des wäre auch nicht schlimm. Ich werde mei-
ner Tante ganz offen sagen, daß ich mir bei Ihnen
einen Stroh geholt habe.“

„Durchsicht?“ rief Lottemarie erschrocken.
Er lachte ein wenig.

Sie brauchen nicht zu erschrecken. Glauben Sie
nicht, daß Ihnen das bei Ihrer Durchsicht schaden
würde. Im Gegenteil, es wird ihr sehr imvornieren,
daß Sie dafür danken, für ein Haus zu werden.
Oder aber — sie wird Sie eine Lorin heißen. Wo
— darf ich ein wenig Platz nehmen und mit Ihnen
plaudern? Dies Flecken ist sehr idyllisch und
friedlich.“

Lottemarie rückte zur Seite, und er nahm neben
ihm Platz. Sie plauderten nun wie zwei Menschen,
die sich freundschaftlich nahegetreten waren.

Lottemarie hatte alle Schem vor dem Fürsten ver-
loren. Da er ihr seinen Namen geben wollte, wußte
sie, daß er sie respektierte, wie sie es verlangen mußte.
(Fortsetzung folgt.)

— (Rein Reichs-Soldatenrat neben dem Kriegs-
minister). Volksbeauftragter Röske und Kriegs-
minister Reinhardt haben den Antrag der Berliner
Konferenz der Korpskolonnenräte auf Bildung eines
Reichs-Soldatenrats abgelehnt. — Der von der letz-
ten Konferenz der S. Räte geforderte Reichs-Soldaten-
rat sollte aus je einem Vertreter eines Armeekorps
bestehen. Aus diesem vielföpfigen Ausschuss
sollte ein engerer Ausschuss mit dem Sitz in Ber-
lin ausgeschieden werden, dessen Aufgabe die Ueber-
wachung des Kriegsministeriums bilden sollte. Alle
Erlasse und Befehle Röskes oder Reinhardts sollten,
um Gesetzeskraft zu erlangen, der Gegenzeichnung des
engeren Ausschusses bedürfen. Diese Einrichtung
hätte nichts weniger bedeutet, als die Uebertragung
der Kommandogewalt an eine vielföpfige politische
Behörde, deren Verantwortlichkeit nicht recht faß-
bar wäre. Sie hätte ferner die Verewigung des
Militärsystems bedeutet, das damit Träger der mili-
tärlicher Zentralgewalt geworden wäre.

— Die feindlichen Besatzungsbehörden haben
außer dem Inhaber der Firma Gebrüder Röckling in
Biederhofen auch den Prokuristen des Unterneh-
mens, Josef Drepper, verhaftet und abgeführt. Die
Verhaftung erfolgte am 2. Januar in seiner Woh-
nung in Bad Ems, das bekanntlich zum Brückenbau
Koblenz, also zum besetzten Gebiet gehört. Drepper
soll, wie viele andere Personen, von den Alli-
ierten wegen des Ankaufs von beschlagnahmten be-
schädigten und französischer Maschinen zur Rechenschaft
gezogen werden. Die Angehörigen Dreppers sind
die heute ohne Nachricht über seinen Aufenthalt und
sein Ergehen. Da die Verhaftung dem Artikel 6 des
Westfälischen Friedensvertrages widerspricht und außer-
dem im Widerspruch zu Art. 16. Januar in
Paris abgegebenen Erklärungen steht, hat die
deutsche Waffenstillstandskommission seine sofortige
Freilassung gefordert.

— (Die Entschädigung Belgiens). Die gesamte
Presse Belgiens enthält die anscheinend offizielle
Mitteilung, daß bei der Reise des belgischen Mini-
sterpräsidenten nach London und Paris belgischerseits eine
Entschädigung von 10 Milliarden Mark von Deutsch-
land verlangt werde. In Belgien beschäftigt man
sich augenblicklich mit der Möglichkeit, schon vorher
einen Teil der Schuld auszumachen. Es wird die
Ausgabe einer Anleihe von einer Milliarde in Bel-
gien und einer anderen in gleicher Höhe in den
Bereinigten Staaten in Aussicht genommen. Man
wird für die Anleihe nicht den Abluß der Pariser
Konferenz abwarten.

Musik und Fern.

Lichtenstein, 12. Februar.

* — Zur Frage des Religionsunterrichtes
in der Schule lesen wir in der Ortspresse neuerdings
gegen die Lehrerschaft gerichtete Eingekandts, in
denen so getan wird, als ob die Lehrerschaft den
Religionsunterricht der Schule verwässern wolle.
Die Eingekandts mögen aus bestem Willen und Glauben
heraus handeln, aber sie sehen vollkommen an der
Tatsache vorbei, daß wir jetzt gar nicht zu
entscheiden haben, was für ein Religionsunter-
richt von Oftern ab in der Schule erteilt wird,
sondern ob wir nach Oftern überhaupt
noch Religionsunterricht in der Schule
haben werden! Das aber hängt weder vom
guten Willen der Eingekandts, noch von der Lehr-
erschaft ab, sondern lediglich von der sozialdemokra-
tischen Kammermehrheit! Auf diese suche
man Einfluß zu gewinnen! Wir sollten
aber, glaube ich, recht froh und dankbar sein, daß
sich die Lehrerschaft fast einmütig zu der Forderung
des Religionsunterrichtes bekennt. Und wahrschein-
lich wird die Kammermehrheit auf das pädago-
gische Urteil der Schulsachleute etwas geben. Wenn
sie freilich sehen muß, daß die Bevölkerung selbst
der Lehrerschaft in den Rücken fällt, so ist es mög-
lich, daß — der Religionsunterricht in der Schule
eben ganz abgeschafft wird. Darum sollten wir
doch jetzt lieber mit den Lehrern gehen für
den Religionsunterricht; in welcher Weise
dann der Schulreligionsunterricht durch kirch-
lichen Religionsunterricht zu ergän-
zen sein wird, davon laßt uns später reden!
Oberpfarrer Ende.

* — Bessere Lebensmittelversorgung Sach-
sens. Aus Dresden wird gemeldet, daß wesent-
liche Änderungen in der Lebensmittelversorgung
Sachsens eintreten. Weiskohl, Sauerkraut und
Büchergemüse sind nunmehr freigegeben worden für
den Handel. Jedoch ist die Nachfrage nach Böh-
ren gemüse außerordentlich gering. Recht erfreulich ist
es, daß vom 15. Februar ab mehr Nahrungsmittel
verteilt werden. Das Mehr ist unerheblich. Es
werden statt der bisherigen 47 Prozent von diesem
Zeitpunkte ab 68 Prozent des Normaljahres zur
Verteilung gelangen. Im neuen Wirtschaftsjahre
sollte die Eierverteilung am 2. Februar beginnen.
Es war aber bisher unmöglich, von der Reichsstelle
den neuen Verteilungsplan zu erhalten, so daß
nach dem alten Plane weitergewirtschaftet werden
muß. Das ist umso bedauerlicher, weil deshalb
die Erfahrungen des verfloffenen Jahres noch nicht
verwertet werden können. Diese erfreuliche Nach-
richt wird insofern beeinträchtigt, als die Mit-
teilung, damit verbunden ist, daß die Brot- und

Mehlpreise erhöht werden. Als Begründung wer-
den der Achtstundentag und Lohnerhöhungen an-
gegeben.

* — Geldmarkt. Der Anhaltische Staat hat
in den letzten Tagen eine Anleihe in Höhe von
40 Millionen Mark aufgenommen, deren Tilgung
vom Jahre 1920 ab mit 2 Prozent des ursprüng-
lichen Anleihe-Betrages erfolgt. Außer dieser An-
leihe hat der Anhaltische Staat keine Schulden.
Bei dem großen Besitz des Landes Anhalt an
äußerst wertvollen Domänen, Forsten und Berg-
werken bildet diese Anleihe eine Kapitalanlage
allerersten Ranges. Der Zeichnungspreis beträgt
93 1/2 %. Anmeldungen nimmt das Bankhaus
Bayer & Heinze, Abteilung Lichtenstein-C.
spesenfrei entgegen.

* — Die Kammerlichtspiele haben für heute
und morgen als Hauptfilm ein fesselndes Schau-
spiel aus dem ungarischen Volksleben erworben. Be-
titelt „Der Dorfmann“, darnach folgt das amüsa-
nte Lustspiel „Ein Scharnüttel in der Küche“, so-
daß wieder für angenehme Unterhaltung gesorgt ist.

* — Verteuerung der Paketbestellung. In-
folge der außerordentlichen Steigerung der Kosten
des Postfuhr- und Paketbestellendienstes hat sich die un-
abweisbare Notwendigkeit ergeben, die Gebühren für
Bestellung der Pakete bei allen Postanstalten zu er-
höhen. Vom 15. Februar ab werden daher folgende
Gebühren erhoben werden: Im Ortsbestellbezirk
bei den Postämtern 1. Klasse für Pakete bis 5 Kilo-
gramm einschließlich 20 Pfg., für schwere Pakete
30 Pfg. bei den übrigen Postanstalten (Postämtern
2. und 3. Klasse und Postagenturen für Pakete bis
5 Kilogramm einschließlich 10 Pfg., für schwere Pa-
kete 15 Pfg. Im Landbestellbezirk für Pakete bis
zwei Kilogramm einschließlich 15 Pfg., für
schwerere Pakete 30 Pfg. Für die Einmahlung
von Paketen werden erhoben im Ortsbestellbezirk
für jede Sendung ohne Rücksicht auf das Gewicht
10 Pfg., im Landbestellbezirk für Pakete bis zwei-
einhalb Kilogramm einschließlich 10 Pfg. und für
schwerere 30 Pfg.

* — Wegfall der öffentlichen Schulprüfun-
gen. Das Kultusministerium hat in Anbetracht der
mangelhaften Störungen des Unterrichtsbetriebes
genehmigt, daß im laufenden Schuljahre alle öffent-
lichen Prüfungen an den Volks- und Fortbildungs-
schulen zu Ostern d. J. fortfallen. Ferner sollen
die jetzt geltenden Lehrpläne für die höheren Knab-
enschulen, sowie für die Fürsten- und Landes-
demnachst abgeändert werden. Außerdem hat das
Kultusministerium mit Rücksicht auf die aus dem
Kriege zurückgekehrten noch unbeschäftigten Schulamt-
kandidaten angeordnet, daß die für die Dauer des
Krieges ausnahmsweise zur Unterrichtsverteilung zu-
gelassenen Hilfskräfte nicht weiter an den Volks-
und Privatschulen beschäftigt werden dürfen.

Bankhaus Payer & Heinze,

Lichtenstein-Callenberg,

Badergasse 6.

Hauptgeschäft Chemnitz.

Schwesterfiliale Burgstädt

empfehlen

mündelmässige Anlagewerte.

* — Müssen St. Jacob. (Protestversammlung.)
Einberufen von der Freien kirchlichen Vereinigung
wurde am 10. Februar im „Deutschen Kaiser“ eine
Protestversammlung gegen die Zurückhaltung der
deutschen Kriegsgefangenen gehalten. Apotheker
Franke, selbst ausgetauschter Kriegsgefangener
berichtete über seine Erlebnisse in französischer Ge-
fangenschaft. Angenommen wurde eine Entschlie-
fung, in der die entschiedensten Maßnahmen zur
sofortigen Herausgabe der zurückgehaltenen Kriegs-
gefangenen gefordert werden. Schließlich wurde
eine Ortsgruppe des Volksbundes zum Schutze
deutscher Kriegsgefangener begründet. Beitritts-
Listen liegen aus in der Apotheke, im Gemeinde-
amt und im Pfarramt.

* — Adorf i. B. (Wer bezahlt die Einquartierungs-
kosten?) Nach Ausbruch der Revolution hatte
der A. und S.-Rat Plauen eine Bahnhofswache
von 14 Mann nach Adorf gelegt. Mit Rücksicht
auf die beträchtlichen Kosten hat sich der Stadt-
rat beschwerdeführend an das Ministerium des
Innern gemeldet, mit dem Erfolge, daß am 15.
Januar die Wache zurückgezogen wurde. Der
Aufwand der Stadt für diese Einquartierung be-
trägt 2270 Mark; nur ein kleiner Teil wird auf
Grund des Quartierleistungsgesetzes der Stadt zu-
rückerstattet werden. Die Stadtverwaltung be-
absichtigt nun, für den ungedeckten Aufwand den
Staatsfiskus haftbar zu machen. Das Ministe-
rium hat zum Ausdruck gebracht, daß der A. u.
S.-Rat Plauen nicht befugt gewesen sei, nach
Adorf Einquartierung zu legen; eine solche An-
ordnung hätte nur das Generalkommando er-
teilen können.

Reißen. (Großfeuer.) Aus unaufgeklärter Ursache brach in der Nacht zum Freitag im Maschinenraum der Möbelfabrik von Huhn in der Moltkestraße Feuer aus. Das aus zwei Stockwerken bestehende Gebäude wurde vollständig vernichtet, ebenso große Holzvorräte und fertige Waren, Werkzeuge, Maschinen usw. Der Schaden beläuft sich auf etwa 60.000 Mark.

Mittweida. (Notstandsarbeit.) Vom Stadtverordnetenkollegium wurde der Ausbau der Wasserkraft am Elektrizitätswerke im Fischpantal als Notstandsarbeit beschlossen. Die Kosten sind auf 380.000 Mark veranschlagt.

Pirna. (Infolge der Kohlennot) müssen sämtliche Schulen und Lehranstalten, mit Ausnahme des Seminars, für die Dauer von 14 Tagen geschlossen werden.

Zwidau. (Wasser- und Kohlennot.) Die Stadtgemeinde läßt gegenwärtig durch die Tiefbohrfirma Anger in Erfurt nach den Angaben des bekannten Wünschelrutengängers v. Graeve in Gernrode auf dem Windberge an der Werbauer Staatsstraße nach Wasser bohren. Bei 65 bis 70 Meter tiefer Bohrung sind nunmehr 800 Kubikmeter Wasser täglich erschlossen worden. Mehrere Wochen lang betriebene Pumpversuche haben die Stetigkeit der erschlossenen Wasserader ergeben, so daß die gewünschte Ergänzung unserer städtischen Wasserversorgung gesichert erscheint. Die Bohrungen werden mit guter Aussicht noch an anderen Stellen fortgesetzt. — Drei 20-jährige Soldaten der hiesigen Bewachungskompanie stahlen der Kompanie 12 wollene Decken und verkauften sie an Privatpersonen. Einige Tage später nahmen sie bei den Käufern, angeblich im Auftrage des Soldatenrates, eine Hausfuchung nach Decken vor, nahmen ihnen die Decken wieder ab und verkauften außerdem noch Schweigegebete zu erpressen. Die drei Soldaten wurden festgenommen.

Landesverband Sächs. Feuerwehren.

Der Landesauschuß des Landesverbandes Sächsischer Feuerwehren hielt kürzlich in Dresden im Beisein des Herrn Oberregierungsrat Dr. Kolbeway als Vertreter der Landesbrandversicherungsanstalt für die Republik Sachsen unter dem Vorsitz des Herrn Kammererrat Stadtrat U. Reiche, Bauten, eine zweitägige Sitzung ab. Zunächst erfolgten Mitteilungen des Vorsitzenden, denen folgendes zu entnehmen war: Der Landesauschuß hat an sämtliche Feuerwehren des Landes eine Aufforderung zum treuen Ausbilden im Feuerwehrendienst auch unter den veränderten politischen Verhältnissen erlassen. Von der Brandversicherungskammer ist den Rentempfindern eine zweite Feuerungszulage gewährt worden. Gegenüber den Bestrebungen auf Erlangung einer Lebensmittelzulage für im anstrengenden Dienst befindliche Feuerwehrleute hat sich die zuständige Behörde die endgültige Entscheidung für einen späteren Zeitpunkt vorbehalten. Der Landesverband Sächsischer Feuerwehren scheidet aus dem Sächsischen Landesfeuerwehrenterverband aus. Weitere Mitteilungen betrafen die Kreisratstafel der sächsischen Feuerwehren, die Kreisvertreterwahlen und verschiedene Verwaltungsangelegenheiten. Mit Bedauern stellte der Auschuß den Wegfall der Ehrenzeichen für die 25- und 40-jährige Feuerwehrdienstzeit durch die Gesamtministeriumsverordnung über die Orden u. Ehrenzeichen fest. Das Bestehen dieser Auszeichnung hat die Entwicklung des Feuerwehrwesens in Sachsen sehr günstig beeinflusst. Es wurde beschlossen, bei der sächsischen Regierung wegen Neueinführung einer Staatsauszeichnung für einen treuen, freiwilligen 25- und 40-jährigen Feuerwehrdienst vorstellig zu werden. Weiter erbatete Herr Kreisvertreter Goldberg, Großschönau, Bericht über den Kassenabluß des Jahres 1918. Es gelang dank der Beihilfe des Staates, das Gleichgewicht zwischen den Ausgaben und Ein-

nahmen zu erhalten, für 1919 ist der Landesverband aber nur auf seine Einnahmen an Mitgliederbeiträgen und die Staatsbeihilfe angewiesen. Eine Erhöhung der Landesverbandssteuer soll jedoch erst als äußerstes Mittel zur Deckung der Ausgaben ins Auge gefaßt werden. Zur Unterstützung in Not geratener Feuerwehrleute oder deren Familien standen dem Landesauschuß 1918 aus den Stiftungserträgen 1756 Mark zur Verfügung. Mit einer ähnlichen Summe kann aus der gleichen Quelle zu dem selben Zweck auch für 1919 gerechnet werden. Ferner beschäftigte sich der Landesauschuß auf Grund eines von Herrn Branddirektor Herrmann, Dresden, bearbeiteten Gesuches an die Landesversicherungskammer mit der Förderung der Einführung von Motorspritzen im sächsischen Feuerlöschwesen. Die Brandversicherungskammer ist gebeten worden, Mittel zur Anschaffung solcher Spritzen zu bewilligen. In der eingehenden Besprechung der Angelegenheit teilte Herr Oberregierungsrat Dr. Kolbeway mit, daß die gesetzlichen Bestimmungen die Möglichkeit zur Gewährung unverzinslicher Darlehen an die Gemeinden zum Zwecke der Beschaffung von Motorspritzen bieten, daß die Brandversicherungskammer der Einführung dieses bewährten Feuerlöschmittels unbedingtes Interesse entgegenbringt und sie im Rahmen des Gesetzes fördern wird. Die Brandversicherungskammer hat übrigens kürzlich in einer Bekanntmachung die Gemeinden zur Instandsetzung ihrer durch den Krieg nicht mehr intakten Feuerlöschgeräte aufgefordert. Bedürftige Gemeinden dürfen hierbei eine anerkennungswürdige Unterstützung erhalten. Die sonstigen Verordnungen der Verwaltung- und feuerwehrtechnische Angelegenheiten.

Kirchennachrichten für Lichtenstein.

Freitag, den 14. Febr. 1919 abend 8 Uhr Helfervorbereitung in der Kirchnerei. 8 Uhr Lämmergeuppen (Ende.)

K.L.

Mittwoch und Donnerstag,
den 12. und 13. Februar von 6 Uhr ab:

Der Dorflump.

Schauspiel aus dem ungarischen Volksleben.
— 1 Vorspiel und 3 Akte. —

Ein Scharmützel in der Küche.

Ein amüsantes Lustspiel in 3 Akten.
In der Hauptrolle:
Anna Müller-Einke, die beste Humoristin.
Um recht zahlreichen Besuch bittet
hochachtungsvoll **Rudolf Lässig**.

Anmeldungen auf neue

Anhaltische 4% Staatsanleihe

(Tilgung ab 1920 mit jährlich 2%)

zum Kurse von **93 1/2 %**

nehmen wir spesenfrei entgegen.

Bankhaus BAYER & HEINZE,

— Lichtenstein. —

Donnerstag, den 13. Februar
ds. Js., treffen mehrere große Transporte prima erstklassiger

Oldenburger und Hannöv. Wagen- und Geschäftspferde,

Belgische Arbeitssperde



Jowie

Sauchdünn
trägt man Dr. Sentner's Delwachslederputz

Nigrin

auf das Leder auf, behandelt es nach einiger Zeit oder besser am anderen Morgen rasch mit welchem wollenen Lappen und erzielt so mühelos lackartig glänzendes und zugleich wasserdichtes Schuhzeug.

Hersteller, auch des so beliebten Parkettbodenwachs Koberin: **Carl Sentner, Göppingen.**

ein und steht eine bedeutende Auswahl nur auserlesenes Material — nicht II. und III. Qualität — unter günstigen Zahlungsbedingungen zum Verkauf bereit.

Ich empfehle meiner verehrten Kundschaft, den Bedarf baldigst zu decken, da voraussichtlich im Frühjahr die Pferde immer knapper und auch teurer werden.

Paul Frischa,
Pferdegroßhandlung Zwickau,
— Telefon 1459. —

K.-L.
In Vorbereitung:
„Das Himmels-Schiff!“

Pfefferminz- und Ingwerzucker
empfiehlt
Emil Tischendorf,
Lichtenstein, Topfmarkt.

Gasthof
bei Lichtenstein mit gutem Tagesverkehr und 4 Scheffel Feld habe ich bei zehntausend Mark Anzahlung zu verkaufen.
Dr. Rumpfmann, Lichtenstein.

Eine Ladung Weisskraut
ist noch eingetroffen und empfiehlt
Alwin Zierold, Callenberg.

Geige
mit Klappen und Noten zu verkaufen.
Angergasse 3, 1 Treppe.
Markenreines Tee-Gebäck, Pfefferminz- und Ingwer-Zucker, sowie 1 Tafel-Essig empfiehlt
Mag Sachsse, Callenberg,
Bismarckstraße.

Paraffinlichte
(1 und 2 Stunden Brenndauer) und einen kleinen Posten mir zugeteilte
Kinder-Holzschube
(Holländer) empfiehlt billigst
Mag Sachsse,
Callenberg, Bismarckstr.

Rechnungs-Formulare
sind vorrätig in der
„Tageblatt“-Druckerei

Todes-Anzeige.
Heute nachmittag 1/3 Uhr verschied sanft und ruhig mein lieber Gatte, unser guter Vater, Schwieger- und Großvater und Bruder, der Berginvalid
Friedrich Otto Bonitz
in seinem 70. Lebensjahre.
Dies zeigen in tiefster Trauer an:
Minna verw. Bonitz
nebst Kindern.
Lichtenstein und Lohma, am 10. Februar 1919.
Die Beerdigung findet Freitag mittag 1/1 Uhr vom Trauerhause, Kirchgasse Nr. 19, aus statt.

In rechtigen der Auff...
 Die...
 Fleische...
 lang in...
 streben...
 Hilgeleg...
 kommen...
 Hugo...
 dem Kri...
 wieder...
 Bezirks...
 R.-L. M...
 Zu...
 Sahren...
 mittelfab...
 theken u...
 zeitigen...
 ge...
 and ohr...
 Kurz...
 Die...
 zusammen...
 Nach...
 daß Ba...
 auf dem...
 De...
 einen G...
 ganz Ho...
 Hi...
 Hilfland...
 Die Reg...
 und es...
 auf die...
 Verschä...
 daß da...
 Und wa...
 tun? ...
 In...
 mmer...
 ist der...
 In...
 bei Bes...
 der Wa...
 der...
 der...
 9. Nov...
 des Re...
 ergeben...
 forderu...
 Milliar...
 Di...
 Entwur...
 von 250...
 gebende...
 De...
 schweid...
 teilt mit...
 in Sib...
 und litt...
 Sa...
 Haltung...
 und N...
 Beforg...
 Na...
 höhe ist...
 Kolberg...
 Große...
 Der...
 den Ge...